

Politisches Urteilen als Legitimieren: Perspektiven einer empirischen Auseinandersetzung mit dem Legitimationsbegriff im Rahmen politikdidaktischer Forschung

Luisa Lemme

Methodische Zugänge der empirischen Legitimationsforschung

Die Auseinandersetzung mit politischer Legitimation führt unumgänglich zu der Unterscheidung zwischen normativer und empirischer Legitimation¹. In einer empirischen Auseinandersetzung mit politischer Legitimation liegt es somit nahe sich dem Forschungsgegenstand über dieses etablierte Forschungsfeld zu nähern. Schneider et al. unterscheiden drei Dimensionen, in denen Legitimation empirisch gemessen werden kann: In Bezug auf die Einstellung, das Verhalten und die Kommunikation (Schneider et al. 2010, Schneider und Schmidtke 2012). Anhand dieser Dimensionierung soll im Folgenden die Forschungslandschaft zu politischer Legitimation beleuchtet werden. Da die empirische Legitimationsforschung a priori auf die Feststellung und die Qualität des Status Quo politischer Legitimation abzielt, spielt es im Forschungsinteresse dieser Arbeit vor allem eine Rolle, auf welche Weise Legitimation in den verschiedenen Zugängen gemessen wird. Hierin spiegeln sich Legitimationsmaßstäbe wider, die es zu ermitteln gilt.

Die allgemein bekannteste Dimension, in der politische Legitimation gemessen wird, ist die der *Einstellungen*. Mit dieser wird auf das traditionsreiche Forschungsfeld der empirischen Kultur- und Demokratieforschung verwiesen, in dem in Anknüpfung an Almond und Verba (1963) Legitimation verschiedener Nationen mittels umfragebasierter Einstellungs- und Meinungsforschung bemessen wird (Kaase 2008: 393). Das Verständnis über die Art und Weise der Bemessung von Legitimation ist dabei an ein bestimmtes Verständnis von politischer Kultur gekoppelt (Gosewinkel und Schuppert 2008). Die Frage nach Systemstabilität hat primäre Bedeutung und kommt politischer Legitimität gleich. Stabilität wird dann angenommen, wenn es eine Kongruenz zwischen politischer Kultur und politischem System gibt, die sich in positiven Einstellungen (als Orientierung aufgefasst) gegenüber systemrepräsentierenden Objekten (z.B. politische Institutionen) ausdrückt (Niedermeyer 2005, Fuchs 2007). Legitimität herrscht dann, wenn das politische System durch die positive Zug-

¹ Klassische Unterscheidung in den gängigen Handwörterbüchern vgl. Nohlen, Meyer etc.

ewardheit der Bürger eine demokratische Rückkopplung erfährt. Gleichwohl gilt: „The assumption that a regime that wants to remain persistent in the long run, requires a political culture that is in congruency with institutional structure, can be generally applied to all regime types“ (Fuchs 2007: 163f.).

An die erste grundlegende Studie von Almond und Verba knüpft ein breiter Fachdiskurs und weitere empirische Forschung an. Im Rahmen dieser langen Forschungstradition sind „klassische/erprobte/substantielle“ Indikatoren (in Form von Fragebogenitems) entwickelt worden, anhand derer politische Orientierungen gemessen werden. Pickel und Pickel (2006: 39) zählen zu den Indikatoren politischer Unterstützung: Vertrauen in politische Institutionen (zu Parteien, Parlament, Polizei, Gerichten, Verwaltung, Militär, Kirche, usw.), Zufriedenheit mit der Performanz der Demokratie, Unterstützung der Demokratie als Regierungsform, Unterstützung der Idee der Demokratie, Ablehnung von Antisystemhaltungen, interpersonales Vertrauen (Zusammenhalt in der Gesellschaft). Einen Einblick zur Operationalisierung dieser Indikatoren lässt sich der Tabelle entnehmen. Neben konkreten Studien werden entsprechende Indikatoren regelmäßig auch in breiter angelegten Studien wie der Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) miterhoben. In diesem Bereich sind zudem auch verschiedene Studien zu verorten, die sich explizit mit den Einstellungen Jugendlicher und junger Erwachsener befassen (u.a. Shell-Jugendstudie, Deutscher Jugend-survey).

Indikatoren für politische Legitimation in der umfragebasierten Einstellungsforschung	
Indikator	Beispiel: Frageformulierung
Vertrauen in politische Institutionen (zu Parteien, Parlament, Polizei, Gerichten, Verwaltung, Militär, Kirche, usw.)	„Ich werde Ihnen einige Institutionen nennen. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie viel Vertrauen Sie in folgende Institutionen besitzen. Haben Sie überhaupt kein Vertrauen, wenig Vertrauen, etwas Vertrauen oder starkes Vertrauen?“
Zufriedenheit mit der Performanz der Demokratie	„Sind Sie, alles in allem gesehen, sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder ganz und gar nicht zufrieden damit, wie sich die Demokratie in Ihrem Land entwickelt hat?“
Unterstützung der Demokratie als Regierungsform	Statement: „Die Demokratie ist die angemessenste Regierungsform.“ Mögliche Antworten: Stimme stark zu, stimme zu, lehne eher ab, lehne stark ab.
Unterstützung der Idee der Demokratie	Statement: „Die Idee der Demokratie ist auf jeden Fall gut.“ Mögliche Antworten: Stimme stark zu, stimme zu, lehne eher ab, lehne stark ab.

Ablehnung von Antisystemhaltungen (Auswahl)	Statements: - „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.“ - „Die Armee sollte unsere Land regieren.“ - „Es ist das Beste, das Parlament loszuwerden und einen starken Führer zu haben, der Dinge schnell entscheiden kann.“ - „Eine Mehrheitsparteiensystem ist dazu bestimmt Chaos zu stiften, Alles was wir brauchen, ist ein Einparteiensystem.“ Mögliche Antworten: Stimme stark zu, stimme zu, lehne eher ab, lehne stark ab.
Interpersonales Vertrauen	„Einige Leute, mit denen wir gesprochen haben, sagen, dass man den meisten Menschen trauen kann. Andere hingegen meinen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann, wenn man es mit anderen Menschen zu tun hat. Was denken Sie darüber, kann man den meisten Menschen völlig trauen, sind sie ziemlich vertrauenswürdig, sollte man eher vorsichtig sein oder muss man sehr vorsichtig sein?“
	Darstellung nach Pickel und Pickel 2006: 39

Der Vorteil der langen Forschungstradition und der darin entwickelten, methodisch erprobten Indikatoren gibt jedoch auch Anlass zur Kritik. Legitimationskriterien leiten sich allein aus den zugrundeliegenden Modellen politischer Kultur ab und sind selbst nicht Teil des Forschungsinteresses. Für Rohe (1994: 3) ist diese Deduktion ein grundsätzliches Problem, das auf einen zu oberflächliches Verständnis politischer Kultur schließen lässt. Anstelle politischer Orientierung und Einstellungen gehe „es um die für ein gesellschaftliches Kollektiv maßgebenden grundlegenden Vorstellungen darüber, was Politik eigentlich ist, sein kann und sein sollte. [...] Sie sind in der Regel auf einer grundsätzlicheren Ebene anzusiedeln als die politischen Orientierungen und Einstellungen, wie sie in der Almond/Verba-Tradition erforscht werden, selbst wenn tatsächlich Orientierungen gegenüber dem Politischen und nicht einfach Orientierungen gegenüber konkreten politischen Regimen untersucht werden“ (Rohe 1994: 1). Im Sinne des Forschungsinteresses dieser Arbeit führt er fort: „In jedem Fall gilt - zunächst jedenfalls-, daß politische Kulturforschung im hier verstandenen Sinn nicht nach Einstellungen gegenüber konkreten politischen Regimen zu fragen hat, sondern nach Wahrnehmungsmustern und Beurteilungsmaßstäben, die solchen Einstellungen zugrunde liegen“ (Rohe 1994: 1). Auch Schmidtke und Schneider (2012) formulieren ähnliche Kritik. Ihnen zu folge „sind Umfragen, wenn sie (wie üblich) auf offene Fragen verzichten, nicht in der Lage, Abstufungen in der Bedeutung verschiedener Regimes und Institutionen bzw. einzelner Legitimationskriterien für die Befragten selbst zu erkennen“ (Schmidtke und Schneider 2012: 323).

Auf der Dimension zum *Verhalten* wird Forschung zu tatsächlich beobachtbare Formen politischer Unterstützung, zum Beispiel der politischen Partizipation verortet, bei der als klassischer Indikator politischer Legitimation eine hohe Wahlbeteiligung angesehen wird (Schneider et al. 2010). Eine klare Differenzierung der Forschung zu politischem Verhalten und der umfragebasierten Einstellungsforschung lässt sich nicht inhaltlich, sondern nur in Bezug auf das methodische Vorgehen er-

kennen. Dies resultiert vor allem daraus, dass auch die umfragebasierte Einstellungsforschung für sich beansprucht, Aussagen über politisches Verhalten treffen zu können² und darüber hinaus sich ein eigener Zweig ebenfalls umfragebasierter Forschung zum Wähler herausgebildet hat. Letzterer beschäftigt sich auf Grundlage umfragebasierter Daten ausdrücklich auch mit dem partizipativen Verhalten. So hält beispielsweise auch Niedermayer die Zusammengehörigkeit dieser beiden Bereiche fest, in dem er „[d]ie politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung [als] den zentralen Forschungsgegenstand der empirischen Sozialforschung“ (Niedermayer 2005: 11) beschreibt. Über Umfragen gewonnene Aussagen betreffen jedoch oft nur die Einstellung zu Partizipation, wodurch Partizipationsbereitschaft und nicht kausal davon ableitbar Partizipation erhoben wird³. So lassen sich Aussagen über das Verhalten methodisch in erster Linie über das Beobachten sozialer Praxis und partizipativer Momente gewinnen und nicht über umfragebasierte Ermittlung dieser (Schneider et al. 2010: 25)⁴. Es bleibt jedoch, dass die Trennung der beiden Dimensionen in erster Linie forschungsmethodischer Natur ist.

Das Problem auf Verhalten ausgerichteter Legitimationsforschung liegt in ihrer Aussagekraft. Während die politischen Orientierungen - in einem wie hoch auch immer angesetzten Mindestmaß - positiven ausfallen müssen, ist es unklar, wie sich das politische Verhalten ausdrücken muss, um Legitimität widerzuspiegeln (vgl. Niedermayer 2005: 13f.). Schmidtke und Schneider (2012) merken dazu an: „Ohne ein Verständnis der Motivation politischen Verhaltens - also z.B. Furcht vor Sanktionen, Eigeninteresse, oder eben Legitimitätsglaube - bleibt bei der Interpretation von Partizipation und Protest ambivalent“. Beispielhaft für diese Schwierigkeit ist die Diskussion um das Partizipationsverhalten Jugendlicher und junger Erwachsener. Lange Zeit wurde der Rückgang konventioneller Beteiligung z.B. der Mitgliedschaft in Parteien und der Wahlbeteiligung als Indikator einer die politische Legitimität bedrohende Politikverdrossenheit verstanden. Diese Interpretation hat sich nun weitgehend dahingehend verschoben, dass von einem Wandel des Partizipationsverhalten hin zu unkonventionellen Beteiligungsformen ausgegangen wird, der jedoch nicht auf ein generelles Legitimationsdefizit des politischen Regimes schließen lässt. Letztlich kann die Frage, welches Verhalten in Bezug auf politische Prozesse was in Bezug auf politische Legitimation bedeutet, nur durch eine Klärung der Handlungsmotive erschlossen werden. Dies scheint einen Rückgriff von

2 Dies wird auch dadurch deutlich, dass in der einschlägigen Literatur Werke zur Wählerforschung und empirischen Kulturforschung häufig von den selben Autoren entstanden sind (vgl. z.B. Niedermayer, Westle).

3 Anders verhält es sich mit Faktenabfragen, wie „Haben Sie an der letzten Wahl teilgenommen?“ oder „Haben Sie schon einmal an einer Demonstration teilgenommen?“.

4 Neben Daten auf Grundlage von Beobachtungen, lassen sich auch amtliche Statistiken zur Analyse heranziehen.

Beobachtung auf Befragung notwendig zu machen.

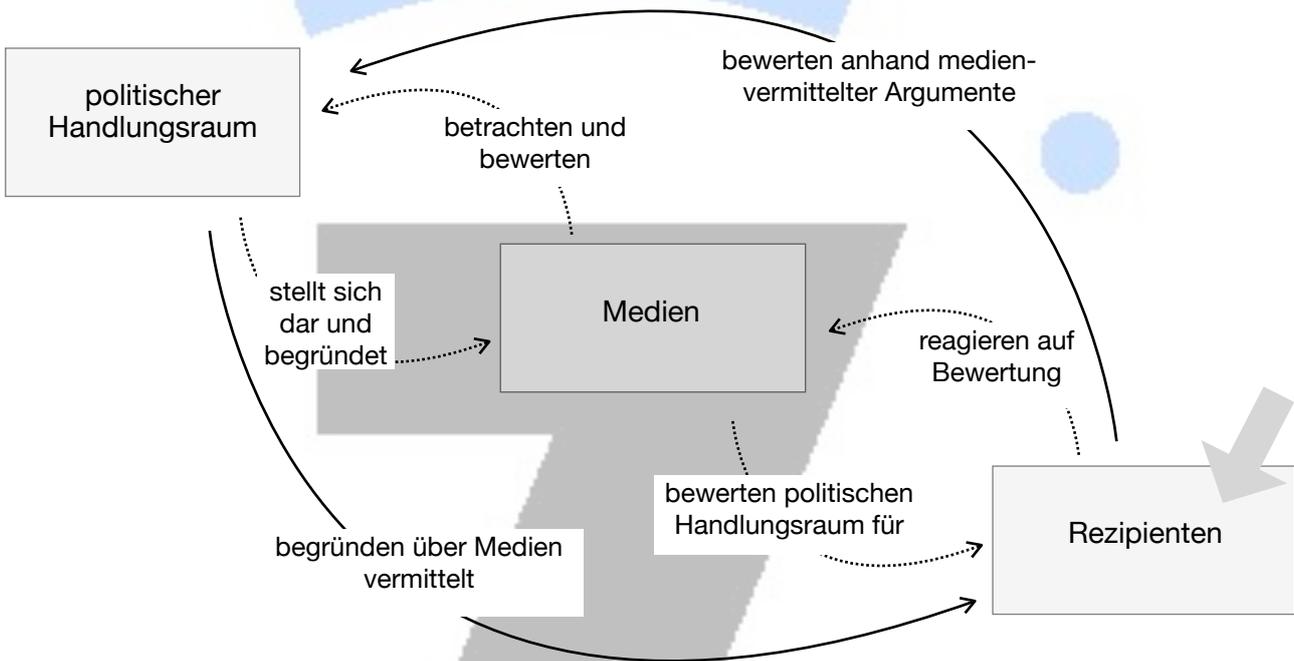
Als letzte Dimension der Legitimationsforschung zeichnen Schneider et al. die der Kommunikation. Dieser wird erst in jüngeren, diskursanalytischen Forschungsarbeiten Aufmerksamkeit geschenkt (Schmidtke und Schneider 2012: 237f./ 239f). Ihren Ursprung nimmt sie aus der Beobachtung des Defizits der beiden anderen Dimensionen, die die Seite der Legitimationsherstellung gänzlich vernachlässigen (Schneider et al. 2010: 32). Die Dimension der Kommunikation „lenkt den Blick auf die insbesondere in der Meinungsforschung unterbelichteten Legitimationsprozesse und -praktiken, auf denen die Herstellung von Legitimität beruht. [...] Als relevant gelten legitimationsbezogene Einstellungen und Verhaltensformen in einer diskursanalytischen Perspektive erst dann, wenn sie öffentlich begründet und rezipiert werden“ (Schmidtke und Schneider 2012: 236). Zu dieser Dimension politischer Legitimationsforschung liegen bislang nur wenige Befunde vor (vgl. u.a. Schneider et al. 2010, Nullmeier et al. 2010, Nullmeier et al. 2014, Gronau 2015), die insgesamt auf diese wissenschaftlichen Arbeiten, verbunden mit dem 2002-2014 laufenden Sonderforschungsbereichs 597 Staatlichkeit im Wandel, zurückgehen. Die verschiedenen Forschungsarbeiten dazu zielen auf das Herausstellen von Legitimationsniveaus verschiedener Regimetypen ab, indem öffentliche Diskurse über die Analyse von Printmedien rekonstruiert werden. Methodisch zeichnet sich dieses Verfahren dadurch aus, dass es nicht-reaktiv ist und die Analysekategorien nicht ausschließlich deduktiv angesetzt werden, sondern auch im Forschungsprozess induktiv erschlossen werden können⁵.

Mit diesem diskursanalytischen Zugang werden erstens die oben aufgeführten Kritikpunkte bezüglich der Begrenztheit der Einstellungsforschung ausgehebelt. Zweitens lassen die Befunde Rückschlüsse auf mögliche Interpretationen der Verhaltensdimension zu. Gleichwohl schließt auch dieser Ansatz nicht die Lücken zu einer vollständigen Verstehensweise empirischer Legitimation. Der diskursanalytische Fokus auf (Print-)Medien nimmt eine Medienwirksamkeit im Sinne des Top-Down-Prinzip an. Der Blick der Forschung richtet sich somit auf die politische Elite. Offen bleibt letztlich auch hier die Frage: „To what extent do legitimacy-related claims by media influence the legitimacy beliefs and evaluations of citizens, and do citizens ground their actual behaviour in such assessments?“ (Schneider et al. 2010: 186).

Die Betrachtung der Forschungslandschaft hilft die eigene Untersuchung einzuordnen. Es werden anhand der Dimensionierung von Schneider et al. zwei Dinge deutlich: Zum einen, dass politische Legitimation auf verschiedenen Handlungsebenen betrachtet werden kann. Bezüglich dieser Hand-

⁵ Dies gilt hier für die Legitimationsmuster und Sprechergruppen.

lungsebenen spannt vor allem der die Kommunikation betrachtende Forschungsansatz den Raum auf. Über diese Forschungsdimension gerät über politische Eliten der gesamte politische Handlungsraum in den Blick, als auch Medien als vermittelnde Instanz. Die hier als Rezipienten bezeichneten Betroffenen politischen Handelns, um deren Folgebereitschaft oder zumindest Zustimmung es geht, bilden eine dritte Handlungsebene. Diese wird über die Forschungsdimensionen Einstellung und Verhalten untersucht. Die Abbildung veranschaulicht die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Bereichen.



Damit lässt sich auch der Blickwinkel der politischer Legitimationsforschung entlang dieser analytisch trennbaren Handlungsräume verstehen: Es lassen sich a) der politische Handlungsraum, in dem politische Entscheidungen getroffen und politische Strukturen reproduziert werden, b) Medien als beobachtende Instanz, die politische Handlungen einordnet, bewertet und aufbereitet und c) Rezipienten als Instanz mit dem Handlungsgut der Folgebereitschaft untersuchen.

Zum anderen, dass zu unterscheiden ist, ob politische Legitimation als Status Quo oder als Herstellungsprozess beforscht wird. D.h. die Modi, in denen sich die politische Legitimation befindet. Zur Vereinfachung der Terminologie soll ersteres im folgenden als Legitimität und zweites als Legitimation bezeichnet werden. Während die Forschungsdimensionen von Einstellung und Verhalten sich mit der Legitimität auseinandersetzen, findet auf der Forschungsdimension zumindest eine Betrachtung von Legitimation statt - obwohl das Hauptinteresse auch hier an der Feststellung der Legitimität ruht. Nimmt man diese beiden Punkte zusammen, spannen sie einen Analyseraum (Tabelle) auf, in denen die Forschungsdimensionen eingeordnet werden können:

Modus	Legitimität	Legitimation
Handlungsraum		
Rezipienten	Einstellung, Verhalten	-
Medien	Diskurs	Diskurs
Politischer Handlungsraum	Diskurs	Diskurs

Die Tabelle verdeutlicht einerseits, wie stark dieser forschungsperspektivische Raum durch die Forschung zu Legitimationsdiskursen erweitert wird. Andererseits wird deutlich, dass das Forschungsinteresse dieser Arbeit genau in die bestehende Lücke in der Betrachtung von Legitimation und Rezipienten stößt. Hier liegen bislang keine eigenständigen Studien vor. Somit fällt die Leistung dieser Arbeit nicht nur in den Bereich der empirischen Fundierung politischer Lehr-Lern-Forschung, sondern leistet auch einen Beitrag zur Vervollständigung der fachwissenschaftlichen Perspektive. Dagegen werden mit dieser Arbeit zwei Fragen bearbeitet: Zum einen, ob in der Einstellungsforschung für die Rezipienten relevante Indikatoren abgefragt werden. Zum anderen, inwieweit in den Medien (von Journalisten oder Politikern) vorgebrachte Argumente seitens der Rezipienten geteilt werden. Die Bezugspunkte zu diesen Fragen liegen sehr deutlich bei dem diskursanalytischen Ansatz. Generell bietet dieser Ansatz ein empirisches Fundament, an das die Forschungsperspektive dieser Arbeit anknüpfen kann. Es ist daher sinnvoll, die dortige methodische Anlage und anschlussfähige Befunde genauer zu betrachten. Bevor dies im Folgenden geschieht, erfolgt eine allgemeine Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand zu politischer Legitimation. Aus Gründen der hiesigen Fokussierung auf Jugendliche und junge Erwachsene geschieht dies in Bezug auf einschlägige Jugendstudien in diesem Bereich.

Befunde aus der Jugendforschung

Die verschiedenen Forschungszugänge zur politischen Legitimation im Bereich der Jugendforschung werden nun zunächst in der oben ausgeführten Forschungslandschaft eingeordnet. Daran anschließend werden die einschlägigen Untersuchungen aus Perspektive des Forschungsinteresses dieser Arbeit besprochen.

Politische Legitimation wird innerhalb der Jugendforschung⁶ überwiegend mit den Mitteln der umfragebasierten Einstellungsforschung untersucht. Eine alleinige Zuordnung zur Legitimationsforschung lässt sich dabei nur selten treffen. Politische Orientierung wird zumeist in größere Forschungsfragen mit beispielsweise Schule oder Familie eingeordnet. Die politikbezogene Forschung gestaltet sich hier insgesamt sehr heterogen. Während große Studien jenseits amtlicher Wahlstatistiken⁷ innerhalb der Verhaltensdimension im Bereich der Jugendforschung nicht zu finden sind⁸, ist die Frage nach politischer Partizipation ein fester Bestandteil der meisten umfragebasierten Studien. Im Sinne des (möglichen) Unterschieds zwischen bekundeter Einstellung und tatsächlichen Verhaltens wird hierbei im folgenden von jedoch Partizipationsbereitschaft gesprochen und diese als ein weiterer Indikator der Einstellungsdimension gewertet. Zudem werden im Bereich der Jugendforschung indirekt Schlüsse auf politische Legitimation anhand des Indikators politischen Interesses gezogen (vgl. z.B. Gaiser und de Rijke 2006). „Politisches Interesse repräsentiert die Anteilnahme und Bereitschaft, sich zumindest kognitiv mit politischen Themen auseinanderzusetzen und Informationen und Wissen darüber aufzunehmen“ (Lange et al. 2013: 31). Im Selbstverständnis einer demokratischen Herrschaft als Volkssouveränität muss ein Mindestmaß an politischem Interesse der Bürger vorausgesetzt werden; das massive Fehlen von politischem Interesse entspreche einer Abwendung zu diesem Herrschaftskonzept und wirkte damit delegitimierend (Niedermeyer 2001: 20)⁹. Dieser Indikator wird daher ebenfalls in die Betrachtung eingeschlossen. Diskursanalytische Befunde liegen im Bereich der Jugendforschung bislang nicht vor. Verschiedene qualitative Studien beschäftigen sich jedoch in Anschluss an die Befunde aus der umfragebasierten Forschung mit der Frage einer möglichen Politikverdrossenheit Jugendlicher und junger Erwachsener. Dies ist insbesondere in Bezug auf den lebensweltlichen Kontext Jugendlicher und junger Erwachsener relevant, ermöglicht aber eventuell auch Rückschlüsse auf mögliche Legitimationskriterien. In Bezug auf den aufgespannten forschungsperspektivischen Raum heißt dies, dass die vor allem die Legitimität betreffenden Jugendstudien in Hinblick auf Legitimation (also bezüglich ihrer angelegten Indikatoren)

6 Diese Gruppe wurde lange Zeit innerhalb des Forschungsfeldes, weitaus weniger berücksichtigt, bzw. stellte nur eine Randgruppe dar. Seit den 1980er hat sich jedoch ein eigener Bereich der Jugendforschung etabliert (Massing 2003: 6). Dabei, so stellt Massing fest, werden gerade Befunde zum Verhältnis von Jugend und Politik als gesellschaftlich relevant erachtet und auch öffentlich wahrgenommen (Massing 2003: 7). Denn die Kohorte der etwa 14- bis 29-Jährigen scheint Aussagen über zukünftige Entwicklungen zu ermöglichen.

7 Die aufgrund des deutschen Wahlrechts erst junge Erwachsene ab 18 Jahren in den Blick nehmen.

8 Auch in einer gesamtgesellschaftlichen Forschungsperspektive liegen hier wenig Befunde vor (Schneider et al. 2010: 24).

9 Wobei aus vorhandenem politischem Interesse nicht kausal eine Folgebereitschaft und Legitimität abgeleitet werden kann.

betrachtet werden und über weitere qualitative Studien diesbezüglich ergänzt werden¹⁰. Als Bezugspunkt für die Betrachtung der Studien wird terminologisch das legitimatorische Urteilen über politisches Handeln (im Sinne der oben geführten theoretischen Überlegungen) referentiell zu Legitimationskriterien stehen. Die Betrachtung verläuft entlang der einzelnen, einschlägigen Studien.

Im Sinne der genannten Indikatoren für politische Legitimation wird im Rahmen der **Civic Education Study** politisches und interpersonales Vertrauen sowie politisches Interesse erhoben. Der Indikator Vertrauen teilt sich in Vertrauen in zentrale gesellschaftliche Institutionen, Vertrauen in politisches Handeln und politische Apathie¹¹. Zur Abfrage des politischen Vertrauens werden insgesamt mehr (eine größere Zahl an) Items genutzt als üblich. Vertrauen wurde gesellschaftlich Institutionen „meistens“ bzw. „immer“ wie folgt zugesprochen: Polizei (70%), Gerichte (69%), Bildungseinrichtungen (67%), Vereinte Nationen (66%), Gemeinderat des Heimatorts (61%), Nachrichten im Radio (56%), Nachrichten im Fernsehen (54%), Nachrichten in Zeitungen (53%), Parlament (50%), Menschen, die im Land leben (49%), Regierung (44%) und politischen Parteien (30%). Gemessen an der Stärke des Vertrauens weist z. B. der Befund zu Vereinten Nationen und Gemeinderat des Heimatorts darauf hin, dass eine alleinige Konzentration auf den Nationalstaat beim legitimatorischen Urteilen über politisches Handeln zu kurz griffe. Insgesamt ist erkenntlich, dass die Bezugnahme auf mehr als die klassischen politischen Institutionen wie Regierung und Parlament sinnvoll scheint. Vertrauen in politisches Handeln bemisst die CES mit den folgenden Items (Zustimmung in Prozent): (1) Die führenden Politiker in der Regierung kümmern sich ziemlich wenig um die Meinung der Bevölkerung (58%). (2) Die Regierung tut ihr Bestes, um herauszufinden, was die Bevölkerung will (50%). (3) Wenn Menschen sich organisieren, um Veränderungen zu fordern, hören die Regierenden zu (38). Im Fokus steht hier die Nähe zwischen Bürger und Politik. Dies geschieht jedoch anders als beim Komplex *Bild einer guten Demokratie* ohne das Attribut „gut“. Die implizit subjektive Wertung wird der Fragebeantwortung somit genommen. Die Zustimmung zu den jeweiligen

10 Der Aspekt der Legitimität wird dabei weitgehend ausgeblendet. D.h. aufgrund der fehlenden Relevanz für das hiesige Forschungsprojekt werden die Ergebnisse nicht dargestellt. Aufgrund der Diskrepanz des Forschungsinteresses dieser Arbeit an der Bedeutsamkeit möglicher Legitimationskriterien und einer Datenlage, die vor allem mit dem status quo politischer Legitimation interessiert ist, dient der folgende Überblick zur Datenlage vor allem der Erkundung des Terrains, in dem geforscht wird. Eine Sonderrolle nimmt (jedoch) die Civic Education Study (CES) ein. Als einzige international vergleichende Jugendstudie beschäftigt sich die CES ausschließlich mit dem Bereich Politik und Politischer Bildung. Obwohl nicht politische Legitimation, sondern ein möglichst breites Bild politischer Kenntnisse und Orientierung Jugendlicher und junger Erwachsener sowie dessen internationaler Vergleich im Fokus der CES steht, lassen sich der Studie aufgrund anderer Variablen forschungsleitende Befunde entnehmen. Den von Detlef Oesterreich (2002) veröffentlichten Ergebnisse für Deutschland wird daher mehr Raum in dieser Darstellung gewährt. Die einschlägigen Studien, begonnen mit der CES, werden im Folgenden besprochen.

11 Nur innerhalb von Deutschland erhoben.

Items ist also nicht eindeutig als Beschreibung des Ist-Zustandes oder Wunsch über den Soll-Zustand interpretierbar. Über eine legitimatorische Relevanz der Inhalte lässt sich so nur mutmaßen. Im Sinne des Forschungsvorhabens müssten die Items dahingehend geprüft werden. Konkrete Hinweise auf Legitimationskriterien ergeben sich dabei nicht. Aus dem Urteil darüber, ob Bürgernähe gegeben ist oder nicht, lässt sich die Bedeutsamkeit nicht schließen. Weitere Implikationen lassen sich jedoch aus dem Aspekt Politische Apathie schließen. Diese wird in folgenden Items (Zustimmung in Prozent) bemessen: (1) In der Politik ist alles so undurchsichtig, dass man gar nicht mehr weiß, was man denken soll (76%). (2) Die da oben machen in jedem Falle, was sie wollen. Die Bevölkerung wird nicht gefragt (51%). (3) Am besten kommt man zurecht, wenn man sich nur um seine eigenen Angelegenheiten kümmert (53%). (4) Was in der Welt passiert, kann ich doch nicht ändern (55%). (5) Einzelne Politiker/innen machen sicherlich manches falsch, aber im Ganzen ist unsere politische Interessenvertretung in Ordnung (65%). Hier verweist die hohe Zustimmung zum Item (1), dass das Transparenz politischen Handelns ein durchaus wichtiges Kriterium für das legitimatorische Urteil sein könnte. Das ebenfalls hoch bewertete Item (5) mag zeigen, dass politische Akteure in Bezug auf legitimatorisches Urteil differenziert betrachtet werden sollten. Die anderen Items sind wie die oben genannten diesbezüglich schwer zu beurteilen, so dass deren tatsächliche Relevanz einer weiteren Betrachtung bedürfte.

Über die Indikatoren politischer Legitimation hinaus erfragt die CES als Einstellung zur Demokratie - anders als in der Legitimationsforschung üblich - nicht die Zufriedenheit mit der Demokratie, sondern das Bild einer guten Demokratie, die staatsbürgerlichen Pflichten und die Aufgaben der Regierung. Geht man davon aus, dass je nach dem wie gute Demokratie, staatsbürgerliche Pflichten und Aufgaben der Regierung politisches Handeln verstanden wird, politisches Handeln beurteilt wird, ergeben sich daraus tatsächliche Befunde in Bezug auf die Forschungsfrage dieser Arbeit. Auch diese Items sollen daher genauer betrachtet werden. Das *Bild einer guten Demokratie* (Oesterreich 2002: 107) wird mit 25 Items bemessen, die zur besseren Übersicht aufgelistet werden (Zustimmung in Prozent):

Es ist gut für die Demokratie,...

- ... wenn Bürger/innen das Recht haben, ihre Regierung frei zu wählen (89%)
- ... wenn alle das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern (88%)
- ... wenn es verschiedene Organisationen gibt, in denen Menschen Mitglieder werden können (84%)
- ... wenn für jeden ein Mindesteinkommen gesichert ist (84%)
- ... wenn Menschen friedlich gegen ein Gesetz protestieren, das sie für ungerecht halten (82%)
- ... wenn politische Parteien Regeln haben, die dazu beitragen, dass Frauen Führungspositionen in der Politik bekommen (81%)
- ... wenn Menschen ihre politischen und sozialen Rechte fordern (77%)
- ... wenn die Unterschiede bei Einkommen und Wohlstand zwischen Reichen und Armen klein sind (67%)
- ... wenn junge Menschen die Pflicht haben, soziale Dienste für die Gemeinschaft zu leisten (65%)
- ... wenn politische Parteien unterschiedliche Meinungen zu wichtigen Fragen haben (63%)

- ... wenn Gesetze verändert werden, von denen Frauen sagen, dass diese Gesetze sie benachteiligen (45%)
- ... wenn Zeitungen nicht vom Staat kontrolliert werden (44%)
- ... wenn Zeitungen verboten wird, Artikel zu veröffentlichen, die Minderheiten beleidigen könnten (40%)
- ... wenn es eine Trennung zwischen Kirche und Staat gibt (40%)
- ... wenn die Regierung privaten Betrieben keine Beschränkungen auferlegt (38%)
- ... wenn von Ausländern erwartet wird, Sprache und Gewohnheiten ihres früheren Landes aufzugeben (37%)
- ... wenn Menschen in politischen Parteien mitarbeiten, um die Regierung zu beeinflussen (36%)
- ... wenn Menschen es ablehnen, sich an ein Gesetz zu halten, dass die Menschenrechte verletzt (29%)
- ... wenn führende Politiker Stellen in der Regierung an Familienmitglieder vergeben (24%)
- ... wenn der Regierung blindlings vertraut wird (19%)
- ... wenn alle Fernsehsender die gleichen politischen Ansichten präsentieren (15%)
- ... wenn Kritikern der Regierung verboten wird, auf öffentlichen Veranstaltungen zu sprechen (15%)
- ... wenn einem Unternehmen alle Zeitungen gehören (13%)
- ... wenn Gerichte und Richter durch Politiker beeinflusst werden (9%)
- ... wenn reiche Geschäftsleute mehr Einfluss auf die Regierung haben als andere Leute (8%)

Die Inhalte der abgefragten Items zeigen, welche Argumente zur Legitimation politischen Handelns angebracht werden könnten. Stützt sich politisches Handeln auf dem Argument, dass es ein Recht auf die freie Wahl der Regierung gibt, wird dies sehr wahrscheinlich geteilt. Umgekehrt ist es denkbar, dass ein Argument zum Einfluss reicher Geschäftsleute auf die Regierung delegitimierend wirkt.

Der Komplex staatsbürgerliche Pflichten ist im Kontext des hiesigen Forschungsvorhabens weniger im Einzelnen interessant, als in seiner Gänze. So ist es zu erwägen, ob auch die Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten ein Legitimationsargument ist. Inhaltlich scheint zudem bedeutsam, dass „[m]ehr deutsche Jugendliche als Jugendliche anderer Länder meinen, das Engagement für die Menschenrechte eine wichtige Bürgertugend [sei], während weniger deutsche Jugendliche bereit sind, ein Gesetz zu missachten, das die Menschenrechte verletzt“ (Oesterreich 2002: 115). Dies weist auf einen hohe legitimatorische Relevanz der Menschenrechte hin.

Auch im Komplex Aufgaben der Regierung wird nicht nach der Wahrnehmung des Ist-Zustandes sonder der des Soll-Zustandes gefragt. Diese wurde in zwölf Items erfasst. Bezogen auf die Ergebnisse deutscher Jugendlicher erlangte die Aussage „Für Frieden und Ordnung in einem Land zu sorgen“ (93%) nahezu uneingeschränkte Zustimmung. Gefolgt wurde dieser von den Aussagen „Einen angemessenen Lebensstandard für ältere Menschen sicherzustellen“ (88%), „Sicherzustellen, dass Männer und Frauen gleiche politische Einflussmöglichkeiten haben“ (86%), „Den Wachstum der Wirtschaft zu unterstützen“ (84%), „Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern“ (83%) und „Für jeden eine Arbeitsstelle zu garantieren, der eine möchte“ (83%). Danach folgten die Aussagen „Für jeden eine medizinische Grundversorgung zu sichern“ (82%), „Eine kostenlose Grundbildung zu sichern“ (79%), „Die Umweltverschmutzung zu kontrollieren“ (77%), „Ehrlichkeit und ein moralisches Handeln unter den Menschen im Land zu fördern“ (75%) und „Einkom-

mens- und Vermögensunterschiede zwischen den Menschen abzubauen“ (60%). Am wenigsten Zustimmung hat die Aussage „Die Preise zu kontrollieren“ (59%) erhalten. Entsprechend hält Oesterreich fest: „14-jährige Jugendliche aus allen beteiligten Ländern stellen hohe Ansprüche an das, was eine Regierung leisten sollte. Die Aufgaben der Regierung werden vor allem in der sozialen Sicherung gesehen, danach im ökonomischen Bereich“ (Oesterreich 2002: 119).

Die CES bemisst zudem politische Partizipationsbereitschaft. Dies geschieht ebenfalls anhand von zwölf Items, die konventionelle, nicht-konventionelle, aber auch soziale Teilhabe abfragen und führt zu dem Befund, dass die Partizipationsbereitschaft im internationalen Vergleich gering ist und sich in erster Linie auf das Informieren über Kandidaten und die Wahlbeteiligung beschränkt (Oesterreich 2002: 61ff.).

Indikatoren für politische Legitimation spielen auch in den zwei großen bundesweit angelegten Jugendstudien, der Shell Studie und den Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts, eine Rolle. Die **Shell Jugendstudie beschäftigt** sich mit Lebensweise und Lebensstil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Lebensumstände, Freizeitgestaltung, Zukunftsvorstellung, berufliche Orientierung, Wertorientierung). Die Studie wird bereits seit 1953 durch die Deutsche Shell Holding GmbH alle fünf Jahre in Auftrag gegeben und ermöglicht somit zeitliche Entwicklungen nachzuzeichnen. Die aktuelle 16. Shell-Jugendstudie stützt sich auf Daten aus dem Jahr 2010. Im Rahmen der Studie werden die „klassischen“ Indikatoren für politische Legitimation abgefragt. Der Frage nach einer Distanz zwischen Jugendlichen und Politik wird mit dem Erkunden des bestehenden politischen Interesses beantwortet. Die aktuelle 16. Shell Jugendstudie gibt diesbezüglich eine Entwarnung: Nachdem sich 2002 nur noch 34% der Jugendliche als politisch interessiert einstufen, stieg die Anzahl von 39% im Jahr 2006 auf 40% im Jahr 2010 (Schneekloth 2010: 130). Als zentrale Einflussgrößen gelten neben Alter und Geschlecht die Schichtzugehörigkeit als auch das politische Interesse der Eltern (Schneekloth 2010: 130f.). Daneben wird die Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland¹² und der Demokratie als Staatsform im allgemeinen¹³ abgefragt¹⁴. Dahingehend kommen die Autoren zu dem Befund, dass sowohl das politische Interesse als auch das Vertrauen in Demokratie gewachsen ist, konstatieren jedoch einen Mangel an Vertrauen gegenüber Politik und Parteien. Dies

12 „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“ Antwort: Liekert-Skala

13 „Jetzt einmal abgesehen davon, wie gut oder schlecht die Demokratie in Deutschland funktioniert: Halten Sie die Demokratie ganz allgemein für eine gute Staatsform oder für eine nicht so gute Staatsform? /ja, nein, weiß nicht

14 Zudem wird nach einer Alternative zu Demokratie gefragt mit: Wie könnte Ihrer Meinung nach eine bessere Staatsform als die Demokratie aussehen? Mit den Antwortmöglichkeiten: Ein starker Mann oder eine starke Partei regiert alleine/ Ein sozialistisches System, ähnlich wie in der DDR/ Die Demokratie gefällt mir nicht besonders, aber leider gibt es nichts Besseres/ weiß nicht

bezeichnen die Autoren als Politikverdrossenheit, die sich „inzwischen mit einer zunehmenden Verdrossenheit gegenüber Wirtschaft und Finanzen, sprich Banken und großen Unternehmen, paart“ (Schneekloth 2010: 141). Insgesamt erheben die Autoren der Studie über den Indikator Vertrauen die Legitimitätswerte von Bürgerinitiativen, Bundesregierung, Bundesverfassungsgericht, Bundeswehr, Europäische Union, große Unternehmen, Banken, Gerichte, Gewerkschaften, Kirchen, Menschenrechtsgruppen, politische Parteien, Polizei, Umweltschutzgruppen, Vereinte Nationen. Darüber hinaus sind in der Shell Studie mehrere Fragen zur politischen Partizipationsbereitschaft zu finden. Die Autoren stellen hier fest: „Obgleich sich die Mehrheit der Jugendlichen als eher politikverdrossen und distanziert gegenüber politischen Engagement charakterisiert, darf dies nicht damit gleichgesetzt werden, dass deshalb keine Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Aktionen vorhanden wäre“ (Schneekloth 2010: 151). Die Partizipationsbereitschaft wird als kurzfristig und themenbezogen, nach eigener Betroffenheit verzeichnet (Schneekloth 2010: 150f.)

In den themenübergreifenden Studien des Deutsche Jugendinstituts wird unter anderem auch die gesellschaftliche und politische Beteiligung von 12- bis 29-Jährigen erhoben. Im aktuell **dritten Jugendsurvey**¹⁵ wird Partizipation als Manifestation der Zuwendung zu Politik nach drei Organisationsformen unterschieden: traditionelle Vereine/Verbände/Organisationen, informelle Gruppierungen und eher temporäre und situative Aktionen. Inhaltlich wird zwischen politisch, interessenspezifisch und nicht-politisch unterschieden (Gaiser und de Rijke 2010: 37 f.).

Neben den bundesweiten Studien beschäftigen sich regionale Studien unter anderem mit Indikatoren für politische Legitimation. Die als **Sachsen-Anhalt-Studie**¹⁶ bekannte Untersuchung „Jugend und Demokratie - Politische Bildung auf dem Prüfstand“ untersucht das Verhältnis von Jugendlichen zu Demokratie, Politik und politischer Bildung¹⁷. Als Indikatoren für politische Legitimation werden politisches Interesse, Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland und Vertrauen in Einrichtungen und Organisationen (Bundesregierung, Bundestags, Bundesumweltministerium, Bundesverfassungsgericht, Bundeswehr, Bürgerinitiativen, Fernsehen, Gerichte, Gewerkschaften, Greenpeace, Großunternehmen, Kirchen, politische Parteien, Polizei, Presse und Schule) erhoben¹⁸. Die Ausgestaltung der Items unterscheidet sich gegenüber der CES insbesonde-

15 Bisher erfolgte dieser in drei Wellen: 1992, 1997 und 2003.

16 2000 1466 Schüler_innen zu ihrer politischen Orientierung und Beteiligung befragt

17 Indikatoren für politische Legitimation werden im umfragebasierten Teil der quantitativ und qualitativ angelegten Studie erhoben.

18 Überdies beinhaltet die Sachsen-Anhalt-Studie dasselbe Ranking zu wichtigen politischen Aufgaben wie der DJI-Survey. Das konkrete Ergebnis dieses Rankings ist in der Publikation zur Studie nicht ersichtlich und eine Interpretation nicht möglich.

re über den eindeutig nationalen Bezug. Auf Ebene der Befunde stellen die Autoren eine „Distanz und geringes Vertrauen der Jugendlichen zur Politik und ihren Institutionen - bei weitreichendem Missverstehen demokratischer Konfliktmechanismen“ fest (Reinhardt und Tillmann 2002: 74). Ebenso wurde die politische Partizipationsbereitschaft in der Sachsen-Anhalt-Studie.

In einer 2013 veröffentlichten **Studie zum Stand des Bürgerbewusstseins Jugendlicher und junger Erwachsener** von Lange, Onken und Slopinski nehmen die Autoren das politische Interesse, die Demokratiezufriedenheit und die Wahlbeteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener in den Blick. Politisches Interesse und Demokratiezufriedenheit werden jeweils in einem Item direkt erhoben und mit verschiedenen Faktoren, wie dem sozialen Status oder dem angestrebten Bildungsabschluss abgeglichen. Darunter wird auch die Zustimmung zu politischen Aussagen erhoben. Als Wertaussagen zu politischem Handeln lassen sich im weiteren Sinne zwei Aussagen zählen: Zum einen „Umweltschutz sollte in Zukunft eine noch größerer Rolle spielen“ und zum anderen „Meine Generation interessiert sich zu wenig für Politik“ (Lange et al. 2013: 71). Beide Items erhalten um die 60% Zustimmung durch die Befragten. Es lässt sich daher schließen, dass beide Punkte in irgendeiner Form auch als Kriterien für legitimatorisches Urteilen herangezogen werden.

Die Befunde der Studie **Sprichst du Politik?** beruhen auf Gruppeninterviews und einer standardisierten Online-Befragung. Im Mittelpunkt steht das Thema Sprache und Politik. Auch Legitimationsindikatoren, wie politisches Vertrauen und politisches Interesse, werden in diesem Zusammenhang betrachtet. In Hinblick auf das Vorhaben dieser Arbeit erweist sich jedoch auch der Aspekt Sprache an sich als gehaltvoll. So bemerken die Autoren der Studie:

„Die Jugendlichen äußerten Verständnis und Respekt für das politische Amt. Dennoch wird kritisiert, dass die gegenwärtig vorherrschende Sprache kontraproduktiv wirkt. Dies geschieht, indem sie unnötige Distanz schafft. Diese Distanz bewirkt im schlimmsten Fall, dass die Aussagen als manipulativ oder gar als Lüge wahrgenommen werden“ (Arnold et al. 2011: 17).

Dies verweist darauf, dass die sprachliche Verständlichkeit vom politischen Geschehen als Legitimationskriterium herangezogen wird. Des Weiteren stellen die Autoren fest, „dass Entgegen dem geläufigen Vorurteil, dass „die jungen Menschen sich einfach nicht für Politik interessieren“, zeigte sich sowohl in den Gruppeninterviews als auch bei den Onlinefragebögen, dass es ein erkennbares Interesse (Frauen: 53,1 %, Männer: 76,3 %) sowie ein Verantwortungsgefühl (Frauen: 49,1 %, Männer: 53,8 %) gibt“ (Arnold et al. 2011: 44). Gleichzeitig zeigt die Studie einen Mangel an Vertrauen in politische Entscheidungen: „Grundsätzlich stimmten 63,6 % aller Befragten der Aussage nicht zu, darauf zu vertrauen, dass Politiker/innen die richtigen Entscheidungen treffen“ (Arnold et al. 2011: 47). Ein weiterer Befund der Studie betrifft den Erwerb einer politischer Mündigkeit.

Demnach besteht ein starker Wunsch nach politischer Bildung. Dahinter lässt sich das Bedürfnis vermuten, entsprechende Fähigkeiten zum Verstehen von Politik zu erwerben (Arnold et al. 2011: 55). Auch dies könnte als ein mögliches Legitimationskriterium wirken.

Auch die Studie qualitativ angelegte Untersuchung **‘Unsichtbares‘ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen** verweist auf den Bedeutungszusammenhang zwischen Sprache und Politik und zeigt, dass politische Begriffe insbesondere für die Gruppe der bildungsfernen Jugendlichen und jungen Erwachsenen inhaltsleer sind, Politik nicht mit konkreten Themen verbunden wird und keine lebensweltlichen Bezugspunkte aufweist (Calmbach und Borgstedt 2012: 62). Dies ist auch forschungspraktisch relevant. So weisen die Autoren darauf hin, dass „[s]elbst Begriffe, die gemeinhin als gängig eingestuft werden, [...] für ‚bildungsferne‘ Heranwachsende dieser Altersgruppe fachlich-abstrakte Begriffe [sind], unter denen sie sich kaum etwas vorstellen können“ (Calmbach und Borgstedt 2012: 78).

Des Weiteren bieten Befunde über Grundorientierung und Wertvorstellungen Hinweise auf mögliche (bedeutsame) Legitimationsargumente. Die über die Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte qualitative Studie **„Wie ticken Jugendliche? 2012“** des Sinus Instituts liefert dazu geeignete Befunde. In der Studie können die normativen Werte Jugendlicher zu drei Grundorientierungen zugeordnet werden. „Die traditionelle Grundorientierung steht für die Werte, die sich an „Sicherheit und Ordnung“ ausrichten. Der modernen Grundorientierung liegen Werte zugrunde, die auf „Haben und Zeigen“ sowie auf „Sein und Verändern“ abzielen. Die postmoderne Grundorientierung bündelt die Wertdimension „Machen und Erleben“ und „Grenzen überwinden und Sammeln““ (Calmbach et al. 2012: 29). Genauer werden die normativen Orientierungen der Jugendlichen innerhalb der bekannten Sinus-Milieus betrachtet. Insgesamt stellen die Autoren fest:

„Die untersuchte Alterskohorte ist also nicht zwingend politikverdrossen, aber doch (noch) weitgehend leidenschaftslos, was Politik betrifft. Sie wägt pragmatisch ab, in welchen Themen Zeit investiert werden soll. Scheint das Thema keinen Bezug zum Alltag zu haben oder völlig außerhalb eigener Einflussmöglichkeiten zu liegen, sieht man keinen Grund, warum man sich damit beschäftigen sollte (z. B. Finanzkrise)“ (Calmbach et al. 2012: 72).

Dies legt nahe, dass Jugendliche und junge Erwachsene Urteile zu politischen Aspekten ad hoc formulieren, wenn sie nicht in ihrem Berührungskreis liegen bzw. ihre Urteile besonders auf Grundlage politischer Ereignisse fällen, von denen sie alltagsweltlich betroffen sind. In der Studie wird überdies nach der Erwartungshaltung an Politiker_innen gefragt. Diese Erwartungshaltung erfährt durch die Autoren eine Differenzierung entlang der Sinus-Milieus: Sie unterscheiden zwischen konservativ-bürgerlichen, adaptiv-pragmatischen, materialistisch-hedonistischen, prekären, experimentalistische hedonisten, sozialökologischen interessierten, expeditiven Jugendlichen. Demnach ist es

für konservativ-bürgerliche Jugendliche wichtig, dass „die Anstrengungen der Regierung in erster Linie der Sicherung der nationalen Wirtschaft und inneren Sicherheit gelten“ (Calmbach 2012: 120). Die Politiker_innen müssen sich a priori „um die Belange der Menschen zu kümmern, ‚das Land zu managen‘ und auch Dinge durchzusetzen, die nicht allen gefallen“ (Calmbach et al. 2012: 120f.). Adaptiv-pragmatische Jugendliche erwarten, dass Leistung über das politische System belohnt und Faulheit nicht toleriert wird (Calmbach et al. 2012: 162). An Politiker und Politikerinnen haben Jugendliche und junge Erwachsene aus diesem Milieu kaum konkrete Erwartungen. Es wird lediglich festgestellt, dass „Politiker und Politikerinnen glaubhafter [wären], wenn sie weniger versprechen, sich realistischere Ziele setzen und bürgernäher und lockerer auftreten würden“ (Calmbach et al. 2012: 164). Das Wählen wird in diesem Milieu als bürgerliche Pflicht verstanden. Zu den materialistisch-hedonistischen Milieu zählende Jugendliche und junge Erwachsene stellen an die Politik vor allem Forderungen, die den eigenen Alltag betreffen (Calmbach 2012: 240). Jugendliche und junge Erwachsene aus dem prekären Milieu nehmen sich selbst nicht als politisch interessiert wahr, nennen jedoch „eine Vielzahl genuin politischer Themen, mit denen sie sich beschäftigen - meist Themen, die ihre unmittelbare Lebenszusammenhänge betreffen: z.B. Armuts- und Reichtumsverteilung, Hartz IV, Arbeitsmarktsituation, Lebensunterhaltungskosten, Gewalt“ (Calmbach 2012: 200f.). Experimentalistisch-hedonistische Jugendliche und junge Erwachsene verstehen lediglich „institutionalisiertes Tagesgeschehen als Politik“ (Calmbach 2012: 277). Gesellschaftliche und politische Probleme sollen ihrer Erwartung nach durch Politiker_innen gelöst werden „- nicht zuletzt, weil sie der Überzeugung sind, dass Politikerinnen und Politiker durch falsche Entscheidungen soziale Schieflagen überhaupt erst verursacht haben“ (Calmbach et al. 2012: 277f.) Jugendliche und junge Erwachsene aus diesem Milieu wünschen sich für sich selbst politischer Pflichten enthoben zu werden. Ein differenziertes Politikverständnis haben dagegen Jugendliche und junge Erwachsene aus dem sozialökologischen Milieu. Sie interessieren sich vor allem für postmaterielle Werte und haben darüber hinaus globale Zusammenhänge im Blick. Sie sind zudem von der Wirksamkeit breiter Proteste überzeugt. Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Milieu der Expeditiven „begreifen sich als Weltbürgerinnen und -bürger und interessieren sich entsprechend auch für internationale Zusammenhänge“ (Calmbach et al. 2012: 355). Sie fordern mehr Transparenz und Eindeutigkeit der Politik. Ihr Interesse wird geweckt, wenn neue Wege gegangen werden. Bezüglich bürgerlicher Pflichten haben sie die Auffassung, Bürger sollten sich vor der Wahl informieren und verstehen das eigene politische Interesse als Indiz ihres Intellekts (Calmbach et al. 2012: 355).

Insgesamt fokussieren die Jugendstudien stärker als allgemeine Bevölkerungsumfragen die Schnittstellen zwischen Lebenswelt und Politik. Das heißt, in Jugendstudien wird die lebensweltliche Relevanz von Politik weniger vorausgesetzt, sondern erforscht. Dies verrät insgeheim ein Bild von Jugendlichen und jungen Erwachsenen als noch im Werden begriffene Bürger und erklärt die vergleichsweise große Bedeutung des Indikators politischen Interesses. Die Frage dahinter ist, ob die zukünftige Generation überhaupt noch bereit ist sich mit Politik im nötigen Maß zu befassen.

Jenseits dieses gemeinsamen Nenners zeigen die konkreten Fragestellungen der verschiedenen Jugendstudien ein heterogenes Bild. Als „klassische“ Indikatoren politischer Legitimation werden neben dem politischen Interesse unterschiedliche Variablen erhoben - häufig politisches Vertrauen oder Demokratiezufriedenheit. Jenseits dessen werden verschiedene, nicht unbedingt auf politische Legitimation zielende Aspekte in Itembatterien abgefragt, die in der Form noch nicht als Indikatoren gewertet werden sollen, wohl aber auf solche hinweisen können. In den Fällen, in denen dabei tatsächlich Relevanzen abgefragt werden, werden die genutzten Items nicht näher begründet. Entsprechend wird auch kein dahinter liegendes analytisches Konzept sichtbar, von dem eventuell weitere relevante Aspekte abgeleitet werden könnten. Ebenso wie die „klassischen“ Indikatoren politischer Legitimation scheinen diese Aspekte induktiv generiert worden zu sein. Nichtsdestotrotz lässt sich davon ausgehen, dass die dort auftauchenden Aspekte zunächst einmal als Legitimationskriterien in Frage kommen. Von der weiteren Betrachtung ausgeschlossen werden themenspezifische Kriterien, da diese auf einer anderen sinnlogischen Ebene verortet werden. Statt Umwelt- oder Bildungspolitik zu problematisieren, kann dies allgemeiner als „das, was die Bürger beschäftigt“ aufgefasst werden.

Weitere Hinweise lassen sich den Studien mit einem qualitativen Zugang entnehmen. Jedoch erschöpfen sich auch diese insofern, dass sie zwangsläufig in Bezug zu der Ausgangsfragestellung der jeweiligen Studie stehen. Also mögliche Aspekte, die legitimatorisches Urteilen betreffen und jenseits ihrer Fragestellung sind, naturgemäß nicht in den Blick nehmen. Trotz dieser Einschränkungen lässt sich dem Forschungsüberblick ein breiteres Bild möglicher Legitimationskriterien entnehmen als es in der umfragebasierten Legitimationsforschung induziert ist.

Der Überblick zu den Befunden innerhalb der Jugendforschung zeigt auf, dass es sehr wahrscheinlich eine deutlich größere Zahl an relevanten Kriterien für das legitimatorische Urteilen gibt als die „klassischen“ Indikatoren der umfragebasierten Forschung implizieren. Induziert wird dies vor allem durch Item-Sets, die nicht sui generis zum Erheben politischer Legitimation angelegt sind. Jedenfalls werden innerhalb der Studien entsprechende Befunde nicht dahingehend gedeutet. Diese

potentiell relevanten Kriterien lassen sich vor allem aus einem Grund vorerst nur als Aspekte klassifizieren. Sie sind nicht begründet: Es ist weder induktive noch deduktive Herleitung erkennbar. Es ist unklar, welche von den behandelten Aspekten relevant sind und welche nicht, da dies den dazugehörigen Befunden nicht eindeutig zu entnehmen ist. Eine Systematik der Aspekte ist auch im Überblick nicht erkennbar. Zumal die Aspekte zu unterschiedlichen Teilen aus verschiedenen Item-Sets und Studien zusammengewürfelt sind.

Im nächsten Abschnitt soll der Blickwinkel auf die Befunde aus der Jugendforschung um die Ergebnisse des diskursanalytischen Zugangs der Legitimationsforschung ergänzt werden. Ziel ist es die bislang aufgeworfenen Aspekte um einen systematischen Zugang möglicher Legitimationskriterien zu ergänzen.

Diskursanalytischer Zugang in der Legitimationsforschung

Bereits in der Darlegung der Forschungslandschaft zu politischer Legitimation wurde auf die besondere Anschlussfähigkeit des diskursanalytischen Zugangs zu dem Forschungsvorhaben dieser Arbeit verwiesen. Gleichwohl hier nicht die Rezipienten - also auch nicht Jugendliche und junge Erwachsene als spezielle Gruppe dieser - in den Blick genommen werden, verbindet dieser Zugang das hiesige Vorhaben durch die Berücksichtigung verschiedener Kriterien bezüglich legitimatorischen Urteilens. Im Fokus der Betrachtung dieses Zugangs steht - wie bereits im Überblick zu den Befunden innerhalb der Jugendforschung - weniger die abschließenden Befunde als die methodologischen Überlegungen und die methodische Umsetzung des Forschungsansatzes.

Den anderen beiden Forschungsrichtungen zu politischer Legitimation gleich steht im diskursanalytischen Ansatz von Nullmeier et al. das Feststellen des Status Quo politischer Legitimation im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Jenseits dessen unterscheidet dieser Ansatz sich jedoch von der Legitimationsforschung zu Einstellung und Verhalten hinsichtlich mehrerer Punkte. Nicht nur ist das Verständnis von politischer Legitimation ein anderes als im Konzept zu Einstellung und Verhalten, auch folgen daraus grundlegend andere Ansprüche an das Forschungsdesign. Die darin entworfene Diskursanalyse stellt einen qualitativen Zugang dar, der durch das Berücksichtigen einer Vielzahl an Komponenten¹⁹ sehr komplex wird. Die Auswertung der Daten erfolgt quantitativ über das Feststellen von Häufigkeiten. Die Untersuchungsanlage wird im folgenden kurz wiedergegeben.

Ausgangspunkt ist es, dass Nullmeier et al. Legitimation ausdrücklich nicht als eine absolute Größe verstehen, die sich anhand immer gleicher Kriterien bemessen lässt. Vielmehr kann Legitimation

¹⁹ Alle dieser Komponenten sind zur besseren Übersicht bei der Erstnennung kursiv abgedruckt.

auf unterschiedlichen Kriterien gründen und auch in einem Graubereich zwischen Legitimation und Delegitimation variieren. Hiermit begegnet die Forschergruppe auch einer Problematik der anderen beiden Forschungsansätze, bei denen es unklar bleibt, wann noch und wann nicht mehr von politischer Legitimation gesprochen werden kann. Darüber hinaus ist der Zugang offen gegenüber demokratischer und nicht demokratischer Legitimation. Dazu bemerken die Autoren:

„Nur wenn Volkssouveränität als Ausgangspunkt aller Gewalt von der Bürgerschaft unter Mitwirkung derselben, politische Gleichheit und die Sicherung der liberalen und politischen Menschenrechte als Grundlage eines offenen politischen Prozesses gegeben sind, kann von demokratischer Legitimität gesprochen werden. [...] Eine Ermäßigung des Demokratiebegriffs im Kontext der vorrangigen Verwendung der Legitimitätsbegrifflichkeit ist nicht zulässig. Aber es mag politische Ordnungen geben, die wir akzeptieren können, auch wenn sie nicht demokratisch sind“ (Nullmeier und Nonhoff 2010: 36f.).

Im Forschungskonzept unterscheiden die Autoren so auch verschiedene in der Öffentlichkeit bestehende *Legitimationsstile* je nachdem, ob sich im Diskurs delegitimierend oder legitimierend und demokratiebezogen oder nicht demokratiebezogen geäußert wird (vgl. Schneider 2010: 56f.). Die Qualität der politischen Legitimation ermitteln die Autoren über das Herausarbeiten von *Legitimationsprofilen* verschiedener Regimetypen. Diese können entweder stabil, prekär oder krisenhaft sein. (Nonhoff und Schneider 2010: 237ff.)

Methodisch basiert der Forschungsansatz auf der Fragestellung, wer (*Sprechergruppe*) wen (*Legitimationsobjekt*) mit welchem Argument (*Legitimationsmuster*) legitimiert oder delegitimiert (*Urteilstenor*). Der Untersuchungsgegenstand sind *Legitimationsstatements* in meinungsleitenden Printmedien, die den öffentlichen Diskurs repräsentieren sollen (Schneider 2010: 46f.). Als Sprechergruppen lassen sich Repräsentant_innen nationaler und internationaler politischer Ordnungen, zivilgesellschaftliche Akteure und Gruppen sowie Journalisten unterscheiden. In der hier betrachteten Studie, die unter *Prekäre Legitimitäten* (Nullmeier et al. 2010) veröffentlicht wurde, werden Legitimationsobjekte bezogen auf die Regimetypen Nationalstaates, Europäische Union, Vereinten Nationen und G8 bezogen. Einem Regimetyp lassen sich meist verschiedene Objekte zuordnen. Diese können auf verschiedenen Hierarchie-Ebenen bewertet werden: a) als politisches System oder politische Gemeinschaft als ganzes, b) in Bezug auf Regimeprinzipien (z.B. Demokratie, Wohlfahrtsstaatlichkeit), c) in Bezug auf politische Institutionen und d) in Bezug auf Akteursgruppen²⁰ (Schneider 2010: 49f.). Die verschiedenen Legitimationsobjekte des jeweiligen Regimes können sich in ihrer Bedeutung für dessen Legitimität unterscheiden. Als Ankerobjekte bezeichnen die Autoren solche „Legitimationsobjekte, die auf der einen Seite besonders häufig thematisiert werden (mindestens fünf Prozent der Statements zu einem Regime) und auf der anderen Seite deutlich posi-

²⁰ Äußerungen bezüglich einzelner Akteure werden nicht berücksichtigt (Schneider 2010: 48).

tiver als die Gesamtheit der Legitimationsobjekte bewertet werden“ (Schneider 2010: 55). „The prominence of such anchor institutions and legitimation resources in public discourses tends to stabilize the legitimacy of regimes as a whole“ (Schneider et al. 2010: 184). Insgesamt gilt: „Je mehr Objekte ins Visier von Delegitimierern geraten und je höher diese in unserer Hierarchie angesiedelt sind, desto gefährdeter erscheint [...] die Legitimität einer politischen Ordnung“ (Schneider 2010: 55). Die Qualität der Legitimität eines Legitimationsobjekts beschreibt dann das *Legitimationsniveau* als die Summe zugehöriger positiven Äußerungen (Schneider 2010: 54). Vom größten Interesse mit Blick auf das hiesige Forschungsvorhaben sind - wie angesprochen - die von den Autoren als Legitimationsmuster bezeichnete Legitimationskriterien²¹. Diese „29 aus der Literatur zur Demokratietheorie und zur Legitimation politischer Systeme oder induktiv aus dem Textmaterial selbst gewonnenen Kriterien für die Anerkennungswürdigkeit politischer Ordnung“ (Schneider 2010: 51) untergliedern die Autoren in einer Typologie zu vier Gruppen (Hurrelmann et al. 2005: 8). Zunächst entlang der Unterscheidung demokratie-bezogen und nicht demokratie-bezogen im Sinne des oben angeführten Zitats. So ist ein Argument demokratiebezogen, wenn Bürger in einem Regierungssystem indirekt über die Konkurrenz und Kooperation gewählter Vertreter handeln und Regierende durch sie öffentlich zur Verantwortung gezogen werden können (Schneider 2010: 52). Dieses Verständnis lehnt sich an die entsprechenden Ausführungen von Schmitter und Karl (1996) an. Mit Rückgriff auf die Arbeiten von Scharpf (1999) unterscheiden die Autoren zum anderen zwischen input- und outputorientierten Argumenten. „Ein Legitimationsargument ist input-orientiert, wenn es sich auf die Natur von Entscheidungsverfahren oder die an ihnen beteiligten Akteure bezieht; es ist output-orientiert, wenn die Ergebnisse von Entscheidungsprozessen, deren Qualität oder die Konsequenzen von Entscheidungen zum Bewertungsmaßstab gemacht werden“ (Schneider 2010: 51f.).

²¹ Die Anzahl der Legitimationsmuster variiert je nach Forschungsstand und betrachtetem Diskurs (vgl. z.B. Hurrelmann, Krell-Laluhová, Schneider 2005).

Die Legitimationsmuster stellen eine systematische Kategorisierung von Legitimationskriterien dar, die zuvor vorgestellten Studien vermissen lassen. Konkrete lassen sich dies der folgenden Tabelle entnehmen:

Gruppen von Legitimationsmuster nach Nullmeier et al. 2010: 53

	demokratiebezogen	nicht-demokratiebezogen
Input	<ul style="list-style-type: none"> - „accountability“ - Deliberation - Existenz eines Demos - Glaubwürdigkeit/ Vertrauenswürdigkeit - (internationale) Legalität - Partizipation - Transparenz - Volkssouveränität 	<ul style="list-style-type: none"> - Ernsthaftigkeit - Expertise - Führungskompetenz, Charisma - Handlungsfähigkeit - Mäßigung - Religiöse Autorität - Tradition
Output	<ul style="list-style-type: none"> - Demokratisches „empowerment“ - Gemeinwohlorientierung - Reversibilität/ Nachhaltigkeit - Schutz der Menschenrechte 	<ul style="list-style-type: none"> - Effektivität - Effizienz - Förderung bestimmter Moralkonzeptionen - Förderung der kollektiven Identität - Förderung der Souveränität und Macht des politischen Systems - Förderung des internationalen Ansehens des politischen Systems - Förderung politischer Stabilität - Innovativität - Relevante Agenda - Verteilungsgerechtigkeit

Ähnlich wie die Legitimationsobjekte werden die Legitimationsmuster von den Autoren nicht gleichwertig interpretiert. Legitimationsmustern, die besonders häufig und dabei positiv angeführt werden, werden als *Legitimationsressourcen* verstanden. „Je größer die Zahl der Ressourcen und je stärker positiv ausgeprägt ihre Verwendungsweise in Diskursen sind, desto stabiler erscheint die Legitimationsbasis politischer Ordnungen“ (Schneider 2010: 56). Zusätzlich wird der thematische Kontext des Statements festgehalten. Die Daten beziehen sich auf jeweils ein Zeitintervall in den Jahren von 1998 bis 2007 (Schneider 2010: 65f.).

Mit Blick auf das Forschungsvorhaben dieser Arbeit scheinen vor allem Legitimationsmuster im allgemeinen, Legitimationsressourcen im Speziellen sowie Ankerobjekte von Interesse. Insofern wird die Befunde dieser einer allgemeinen Darstellung der Ergebnisse der Studie vorgezogen²². Bezogen auf den *Nationalstaat* stellen die Demokratie und der Rechtsstaat Ankerobjekte für die Legi-

22 Wie auch bei dem vorangegangenen Kapitel zu den Befunden aus der Jugendforschung bezieht die Darstellung nur die Ergebnisse soweit möglich bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland ein.

timisation dar. Sowohl die politische Gemeinschaft als auch das politische System werden im Diskurs häufig erwähnt, aber auch kritisch vermehrt bewertet. Wohlfahrtsstaat und politische Klasse sind darüber hinaus ebenfalls stark kritisierte Objekte. (Schneider 2010: 91f.) Als Legitimationsressourcen lassen sich Volkssouveränität und Glaubwürdigkeit erkennen. Handlungsfähigkeit, Effektivität und Effizienz sind dagegen am häufigsten Gegenstand von Kritik (Schneider 2010: 100). Bezogen auf die EU bestehen keine Legitimationsanker. Kritisiert werden das politische System der EU als Ganzes, der Europäische Rat, die Kommission sowie Akteursgruppen (Biegon 2010: 207, 220). Auch Legitimationsressourcen gibt es für die EU nicht. Bezüglich mehrerer demokratiebezogener Legitimationsmuster sowie anhand Effektivität, Effizienz und Expertise wird die EU besonders kritisiert. Für die *Vereinten Nationen* gelten sie selbst als Organisation und das Prinzip kollektiver Sicherheit als Legitimationsanker. Objekte starker Kritik sind der Sicherheitsrat und die Generalversammlung (Schmidtke 2010: 133). Die Vereinten Nationen werden zum Großteil über nicht-demokratiebezogene Legitimationsmuster (sowohl input-orientiert als output-orientiert) bewertet. Besonders bedeutsam sind die Kriterien der Effektivität und politischen Stabilität. (Schmidtke 2010: 136f.) Darüber hinaus werden die Vereinten Nationen vergleichsweise häufig anhand unspezifischer Legitimationsargumente bewertet, d.h. Solche, die der Typologie oben nicht zugeordnet werden können. (Schmidtke 2010: 140) Die G8²³ werden anhand der Legitimationsmuster Partizipation, relevante Agenda, Deliberation und Innovation positiv bewertet. Dagegen steht starke Kritik anhand ihrer Ernsthaftigkeit und mangelnden Effektivität. Als Legitimationsressource kann nur ihre Fähigkeit zur Mäßigung gelten. (Gronau 2010: 181)

Insgesamt zeigt sich, dass je nach Regimetyyp unterschiedliche Legitimationsmuster bemüht werden. Je integrierter das Regime ist, umso enger orientiert sich die Bewertung auch an demokratie-bezogenen Kriterien. Unklar bleibt, wie stark die jeweilig genutzten Legitimationsmuster vom Zeitpunkt der Betrachtung abhängen; inwieweit also die politischen Geschehnisse Anlass dazu bieten, welches Legitimationsmuster bemüht wird. Außerdem kann nicht einbezogen werden, inwieweit politische Ereignisse gerade in Hinblick auf ein bestimmtes Legitimationskriterium hin inszeniert werden (eventuell auch um von einem anderen abzulenken). Letztlich ist es auch unklar, welchen Einfluss die Aussagen in den ausgewählten Medien die Folgebereitschaft der Bevölkerung beeinflussen. Selbst wenn man das vorgeschlagene Top-Down-Verständnis der Medienwirksamkeit teilt, kann nicht von einer eins-zu-eins Übertragung ausgegangen werden. Allein Verstehensschwierigkeit und Übersetzungsfehler in den eigenen Sprachgebrauch sowie nur eventuell geteilte Aufmerksamkeit verhin-

23 Eine Unterscheidung in verschiedene Legitimationsobjekte wird in Bezug auf die G8 nicht gemacht.

dern dies. So sind die Befunde genau genommen ein differenzierter Blick auf nur einen Teil des Legitimationsdiskurses.

Konsequenzen für weitergehende Untersuchungen

Aus dem Forschungsstand leiten sich Schlussfolgerungen in zwei Bereichen der eigenen Untersuchung ab: Erstens bezüglich der Konzeption und Operationalisierung des Erhebungsinstruments und zweitens in Bezug auf den Erhebungsgegenstand selbst.

Zum ersten Punkt: Wie oben dargelegt werden in der umfragebasierten Legitimationsforschung üblicher Weise normativ Kategorien in Befragungen gesetzt und ermittelt, ob ihnen in Hinblick auf ein zu bewertendes Objekt zugestimmt wird oder nicht. Daraus ergeben sich kaum Aussagen über die subjektive Relevanz dieser Indikatoren und Aspekte seitens der Rezipienten. Was mit Blick auf die bisherige Forschungsleistung im fokussierten Bereich dadurch deutlich wird, ist die große Spannweite potentiell relevanter Kriterien für legitimatorisches Urteilen, auf die jene Indikatoren und Aspekte verweisen. Das sich aus den Befunden zur Jugendforschung ergebene Bild bleibt jedoch diffus.

Einen konzeptionell strukturierten Blick auf das Feld möglicher Legitimationskriterien gibt der diskursanalytische Zugang der Legitimationsforschung. In den dazugehörigen Studien folgt der Untersuchungsgang jedoch in anderer Richtung als es hier angestrebt wird. Während im diskursanalytischen Ansatz Statements zu Kriterien kategorisiert werden, d.h. einzelne Aspekte zu höher abstrahierten Kategorien zusammengefasst werden, ist Ziel dieser Arbeit Legitimationskriterien möglichst feingliedrig und aspektreich darzustellen.

Dem Forschungsstand lassen sich also zum einen vielfältige, aber ungeordnete Aspekte auf mehreren Bezugsebenen und zum anderen systematisch und empirisch fundierte, aber bereits auf einer abstrakteren Ebene zusammengefasste Legitimationskriterien entnehmen. Auf die Anlage der eigenen Untersuchung lässt sich dies durch eine Verschränkung beider „Dinge“ übertragen. Denn die „ungeordneten“ Aspekte aus dem Bereich der Jugendforschung können genutzt werden um die systematisch erfassten Kriterien des diskursanalytischen Ansatzes weiter auszudifferenzieren. Beide Seiten sollen dabei in gewisser Weise eingeschränkt einbezogen werden. Im Unterschied zu den vorgestellten diskursanalytischen Ansatz und den dazugehörigen Studien sollen in dieser Arbeit allerdings nicht konkrete Legitimationsobjekte (Regimetypen) betrachtet werden. Es geht vielmehr um die einzelnen Aspekte der Legitimation solcher Regime und damit um relevante Legitimationskriterien in Bezug auf politisches Handeln im allgemeinen. Im Unterschied zu den Aspekten, die der Jugendforschung entnommen werden können, sollen diese hier nicht spezifisch politikfeldbezogen über-

nommen werden. Zu dieser Entscheidung führt ein Befund aus der Jugendforschung selbst. Da politisches Interesse und politische Partizipationsbereitschaft offensichtlich abhängig von jeweilig für die Probanden relevanten Themen ist - für Jugendliche und junge Erwachsene ist Bildungspolitik wahrscheinlich von größerem Interesse als z.B. Gesundheitspolitik - würde die Relevanz der Themen/ Inhalte die der dahinter liegenden Kriterien überlagern. Legitimationskriterien sollen daher auf einer eher strukturellen Ebene betrachtet werden.

Zweitens dienen - wie es für empirische Studien gängige Praxis ist - die im Forschungsstand dargestellten Befunde dem Bilden von Hypothesen und es lassen sich dahingehend Annahmen in Bezug auf den Erhebungsgegenstand formulieren.

Literatur

- Almond, Gabriel Abraham und Sidney Verba (1963) *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton Press.
- Arnold, Nina, Bettina Fackelmann, Michael Graffius, Frank Krüger, Stefanie Talaska und Tobias Weiffenfels (2011) Sprichst du Politik? In: http://www.sprichst-du-politik.de/downloads/sprichst-du-politik_Studie.pdf, letzter Zugriff am 01.03.2016.
- Bingeon, Dominika (2010) Die Europäische Union - zwischen Effektivität und Demokratie. In: Frank Nullmeier, Dominika Biegon, Jennifer Gronau, Martin Nonhoff, Henning Schmidtke, Steffen Schneider (2010) *Prekäre Legitimitäten, Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Calmbach, Marc und Silke Borgstedt unter Mitarbeit von Steffen Levermann (2012) „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. In: Wiebke Kohl und Anne Seibring (Hrsg.) *‘Unsichtbares‘ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 43-80.
- Calmbach, Marc, Peter Martin Thomas, Inga Borchard und Bodo Flaig (2012) *Wie ticken Jugendliche? 2012 Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Fuchs, Dieter (2007) *The Political Culture Paradigm*. In: Russell Dalton und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.) *Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford: University Press, 161 - 184.
- Gosewinkel, Dieter und Gunnar Folke Schuppert (2008) *Politische Kultur*. In: Dieter Gosewinkel und Gunnar Folke Schuppert (Hrsg.) *Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit*. Berlin: Edition Sigma, 11-40.
- Hurrelmann, Achim, Zuzana Krell-Laluhová und Steffen Schneider (2005) *Mapping Legitimacy Discourses in Democratic Nation States: Great Britain, Switzerland, and the United States Compared*. TranSate Working Papers 24, Bremen: Sfb 597 Staatlichkeit im Wandel.
- Kaase, Max (2007) *Perspektiven der Forschung zur politischen Kultur*. In: Dieter Gosewinkel und Gunnar Folke Schuppert (Hrsg.) *Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit*. Berlin: Edition Sigma, 387-397.
- Gaiser, Martina und Johan van de Rijke (2006) *Gesellschaftliche und politische Beteiligung*. In: Martina Gaiser, Sabine Sardei-Biermann, Wolfgang Gaiser und Johann de Rijke (Hrsg.) *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gronau, Jennifer (2015) *Die Selbstlegitimation internationaler Institutionen - G8 und G20 im Vergleich*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Niedermeyer, Oskar (2005) *Bürger und Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gronau, Jennifer (2010) *Die G8 - wirkungsloses Spektakel oder mächtiger Club der Reichen?* In: Frank Nullmeier, Dominika Biegon, Jennifer Gronau, Martin Nonhoff, Henning Schmidtke, Steffen Schneider (2010) *Prekäre Legitimitäten, Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Lange, Dirke, Holger Onken und Andreas Slopinski (2013) *Politisches Interesse und Politische Bildung*.

- Zum Stand des Bürgerbewusstsein Jugendlicher und junger Erwachsener. Wiesbaden: Springer VS.
- Massing, Peter (2003) Einführung. In: Gotthard Breit und Peter Massing (Hrsg.) Jugend und Politik. Jugenddebatten, Jugendforschung, Jugendpolitik. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 5-10.
- Nonhoff, Martin und Steffen Schneider (2010) Legitimation in der postnationalen Konstellation. In: Frank Nullmeier, Dominika Biegon, Jennifer Gronau, Martin Nonhoff, Henning Schmidtke, Steffen Schneider (2010) Prekäre Legitimitäten, Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation. Frankfurt a.M.: Campus.
- Nullmeier, Frank und Martin Nonhoff (2010) Der Wandel des Legitimitätsdenkens. In: Frank Nullmeier, Dominika Biegon, Jennifer Gronau, Martin Nonhoff, Henning Schmidtke, Steffen Schneider (2010) Prekäre Legitimitäten, Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation. Frankfurt a.M.: Campus
- Nullmeier, Frank und Dominika Biegon, Jennifer Gronau, Sebastian Haunss, Falk Lenke, Henning Schmidtke und Steffen Schneider, Steffen (Hrsg.), 2014: Marktwirtschaft in der Legitimationskrise? Ein internationaler Vergleich. Frankfurt a.M.: Campus.
- Nullmeier, Frank, Dominika Biegon, Jennifer Gronau, Martin Nonhoff, Henning Schmidtke, Steffen Schneider (2010) Prekäre Legitimitäten, Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation. Frankfurt a.M.: Campus
- Oesterreich, Detlef (2002) Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Opladen: Leske+Budrich.
- Pickel, Susanne und Gert Pickel (2006) Politische Kultur- und Demokratieforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reinhardt, Sibylle und Frank Tillmann (2002) Politische Orientierungen, Beteiligungsformen und Wertorientierungen. In: Sibylle Reinhardt, Heinz-Hermann Krüger, Catrin Kötters-König, Nicolle Pfaff, Ralf Schmidt, Adrienne Krappidel und Frank Tillmann (Hrsg.) Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt. Opladen: Leske+Budrich.
- Rohe, Karl (1994b) Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In: Oskar Niedermayer und Klaus von Beyme (Hrsg.) Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin: Akademie Verlag GmbH, 1-21.
- Scharpf, Fritz (1999) Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt a.M.: Campus.
- Schmidtke, Henning (2010) Die Vereinten Nationen - gespaltene Legitimität. In: Frank Nullmeier, Dominika Biegon, Jennifer Gronau, Martin Nonhoff, Henning Schmidtke, Steffen Schneider (2010) Prekäre Legitimitäten, Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schmitter, Philippe und Terry Karl (1996) What Democracy Is... and Is Not. In: Larry Diamond und Marc Plattner (Hrsg.) The Global Resurgence of Democracy. Baltimore: John Hopknis University Press, 49-62.
- Schneider, Steffen (2010) Empirische Legitimationsforschung. In: Frank Nullmeier, Dominika Biegon, Jennifer Gronau, Martin Nonhoff, Henning Schmidtke, Steffen Schneider (2010) Prekäre Legitimitäten, Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schneider, Steffen, Achim Hurrelmann, Zuzana Krell-Laluhová, Frank Nullmeier und Achim Wiesner (2010) Democracy's Deep Roots. Why the Nation State Remains Legitimate. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Schneekloth, Ulrich (2010) Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.) Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 129-164.